

INITIATIVE SAUERTEIG , I. Quartal 2023

" Kirche muss ein sicherer Ort sein für Kinder und Jugendliche und alle, die uns anvertraut sind." Kardinal Marx

Mit dem Tod von Papst em Benedikt XVI. endete das Jahr 2022 für viele doch überraschend. Es wird wohl der letzte deutsche Papst für lange Zeit gewesen sein. Das große, für die gesamte Kirche von überragender Bedeutung offene Thema „Missbrauch“ begleitete ihn bis zu seinem Tod und darüber hinaus. Die Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs ist aber mit dem Hinscheiden Benedikts nicht abgeschlossen oder hinfällig, wie sich noch zeigen wird. Wie umfangreich und komplex sie ist, wird nach und nach klar. Immer mehr zeigt sich, dass es sich dabei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, bei der nicht nur sowohl die kirchliche Obrigkeit und als auch das Kirchenvolk gefordert sind, sondern auch Justiz, Polizei und Staat. Der Münchner Erzbischof Kardinal Marx lud schon kurz nach Jahresbeginn am 17.1. zu einer großen Pressekonferenz ein mit dem Thema: „Ein Jahr nach dem Missbrauchsgutachten der Kanzlei WSW für das Erzbistum München und Freising“ und zog dabei Bilanz über die Arbeit und Erkenntnisse aus dem vergangenen Jahr. "Man habe Pionierarbeit geleistet", so Marx in seinem Resüme. „Wo wir unsere Strukturen verbessern können, tun wir es“, versicherte auch Hermann. Den Verzicht auf die Verjährungseinrede beim Traunsteiner Feststellungsverfahren erklärte Marx jedoch auf massiven öffentlichen Druck hin erst eine Woche später. Am Abend des 17. Januar fand in der Katholischen Bildungsakademie München noch eine Podiumsdiskussion statt, an der für unsere Gruppe Stefan Tiefenthaler und Klaus Mittermeier teilnahmen und unsere Anliegen vorbringen konnten. Die Zukunft wird zeigen, ob und wie all die sicher gut gemeinten Vorhaben in der Praxis ihre Wirkung zeigen.

Mit der Traunsteiner Feststellungsklage will das Missbrauchsoffer P. aus Engelsberg mit seinem Rechtsanwalt Schulz klären lassen, ob Ratzinger als Erzbischof, Präfekt der Glaubenskongregation und Papst durch sein Handeln oder Unterlassen zu Schadenersatz verpflichtet ist oder zumindest gewesen wäre.

Das Verfahren sollte ursprünglich am 28.März beginnen, wurde aber bis zur Feststellung der Erben von Altpapst Benedikt auf den 20. Juni verschoben. Für Pfarrer H. ordnete das Landgericht Persönliches Erscheinen an. Um dem Kläger Andy P. den Rücken zu stärken, läuft seit Ende November 2022 auf der Plattform "GoFundMe" ein von uns initiiertes, deutschlandweites Spendenauftrag #KircheOhneMissbrauch. Zusammen mit unserem weiteren Spendenkonto konnten unsere Initiative inzwischen fast 25 000 Euro einwerben und so für den Kläger das finanzielle Risiko der Zivilklage absichern.

Anfang Februar besuchten zwei Mitglieder unserer Gruppe auf seine Einladung hin Kardinal em. Wetter in seinem Alterswohnsitz in München. Der geistig noch sehr rüstige Kardinal hörte unsere Erkenntnisse über Pfr. H. mit Entsetzen an und erweckte den Eindruck, vieles davon noch nicht gewusst zu haben. Er bedauerte diese schrecklichen Taten und ihre Folgen und gab zu, als damals verantwortlicher Erzbischof persönlich Schuld daran zu tragen. Er sicherte zu, im Traunsteiner Verfahren aussagen zu wollen, denn auch er sei von H.s Charisma getäuscht worden. Wetter schilderte uns, dass er geglaubt hatte, Pfr. H. sei mit seinem "Aufseher " Soden-Frauenhofen in "guter Obhut" gewesen. Nach dem ca. einstündigen Gespräch zeigte sich Kardinal Wetter sichtlich nachdenklich aber doch froh, dieses Gespräch geführt zu haben.

A 7.2. lud Pfarrer Speckbacher zu einem öffentlichen Treffen der Pfarrgemeinderäte von Garching und Engelsberg mit der Initiative Sauerteig in den Nikolaussaal ein. Ziel war zu klären, wie die Zusammenarbeit von Sauerteig und den kirchlichen Gremien in Zukunft gestaltet werden kann. Auch

einige Pfarrmitglieder waren anwesend, deren Wortbeiträge zu einer zwar sehr "emotionalen" Aussprache führte, die im Endeffekt aber sehr förderlich war. Es zeigte sich wieder einmal, dass gegenseitiger Respekt und eine gute Kommunikation wichtige Voraussetzung für das Miteinander sind. Vereinbart wurde ein regelmäßiger Austausch und über welche Kanäle die Gremien über die Tätigkeit der Initiative Sauerteig informiert werden. Das Treffen endete mit einem gemeinsamen Gebet und einer brennenden Kerze im Stuhlkreis.

Am 12. 2. gelangte ein brisanter Brief durch das Recherchebüro Korrektiv an die Öffentlichkeit, in dem 1986n das Ordinariat München bei der Glaubenskongregation in Rom anfragt, wie zukünftig mit dem u.a. alkoholabhängigen Pfr. H. zu verfahren sei. Die Anfrage enthielt auch seine Verfehlungen in Sachen Missbrauch. Das Antwortschreiben, von Kard. Ratzinger persönlich unterzeichnet, enthält lediglich Hinweise, dass H. in Zukunft bei der Heiligen Messe Traubensaft statt Messwein trinken darf und dass dafür gesorgt werden soll, dass die Gemeinde daran keinen Anstoß nimmt. Hinweise bzw. Anweisungen, die seine Pädophilie betreffen, finden sich in dem Schreiben nicht. Ratzinger ließ H. trotz der Verurteilung durch das Gericht Ebersberg weiter seinen Dienst als Priester verrichten und brachte damit weitere Kinder in Gefahr. Die Folgen dieser Unterlassung sind inzwischen hinreichend bekannt. Interessant ist, dass sich der Brief laut Aussage des Ordinariats die ganze Zeit in der Personalakte von H. befand.

Durch die großartige Unterstützung von Frau Penelope Kemekenidou von der Kampagnenplattform "innit" erhielten wir (7 Teilnehmer) am 13. März um 17:00 Uhr einen Gesprächstermin beim Bayerischen Justizminister Georg Eisenreich im Münchner Justizpalast.

Nach einer kurzen Begrüßung schilderte Minister Eisenreich, dass das Thema kirchlichen Missbrauchs für ihn einen hohen Stellenwert besitzt und immer wieder auch in seinem Ressort aufschlägt. Die bedeutendsten Meilensteine bzw. Gründe, sich mit dem Thema auseinander zu setzen, seien für ihn das Gutachten des Erzbistums München und Freising aus dem Jahr 2010, die sog. MHG-Studie und natürlich das WSW-Gutachten vom letzten Jahr. Er stellte fest, dass Fehler, Mängel und Versagen bei der Führungsaufsicht und Führungsverantwortung wesentlich dazu beitragen, dass derartige Fehlentwicklungen zu Stande kämen.

Der Minister gab auch zu, dass er das Gutachten aus 2010 früher hätte anfordern müssen. Inzwischen liege dieses aber ungeschwärzt der Staatsanwaltschaft vor und sei von dieser Seite abgearbeitet.

Eine im Januar erfolgte Durchsuchung im Ordinariat habe hierzu keine neuen Erkenntnisse gebracht.

Grundsätzlich unterschied Eisenreich die gesamte Problematik in zwei Bereiche:

- die historische Aufarbeitung und die
- strafrechtliche Aufarbeitung.

Er sei nach wie vor der Meinung, dass Ersteres die Aufgabe der Kirche bzw. von Historikern bleiben müsse, und sehe für sein Ministerium auch keine rechtliche Handhabe, hier tätig zu werden.

Staatliche Aufarbeitung

Unseren Vorschlag zur Einsetzung einer staatlichen Aufarbeitungskommission lehnte der Minister ab. Grund: siehe oben!

Auch im Sozialministerium gebe es dazu keine Zustimmung.

Durch Druck der Politik, insbesondere des Justizministers werden von allen Bayerischen Diözesen Aufarbeitungsgutachten erstellt. Das Justizministerium nimmt Einsicht um sie auf nicht verjährte Straftaten vor Gericht zu überprüfen.

Sein Vorschlag: Frau Klaus ist die unabhängige Mißbrauchsbeauftragte des Bundes, sie hätte die Ausgangsposition um Druck auf die Kirche bzgl. Aufarbeitung auszuüben. Hier gibt es allerdings ein Problem, Frau Klaus muss erst noch offiziell vom Bund als Missbrauchsbeauftragte anerkannt werden.

Wir werden versuchen mit ihr Kontakt aufzunehmen.

Im strafrechtliche Teil kann aber die Justiz auch nur frühestens tätig werden, wenn ein begründeter Anfangsverdacht für eine Straftat besteht. Leider sind dazu meistens Anzeigen oder zumindest Hinweise von Betroffenen oder Zeugen notwendig. Auch für ihn ist dieser Schritt der schwerste für die Opfer.

Rechtlich gibt es aber leider keine andere Möglichkeit, selbst bei diesem sensiblen Thema.

Bessere Überwachung von verurteilten Tätern

Auf unsere Forderung hin, ob es nicht bei pädophilen Serientätern eine von staatlicher Seite verbesserte Aufsicht / Kontrolle gibt, lässt der Minister von den zuständigen Fachresorts überprüfen.

Verjährung:

Das große Dilemma bei sehr vielen Fällen ist, dass Tat und uU. eine Anzeige der Betroffenen sehr weit auseinander liegen, oft Jahrzehnte, und somit die Verjährungsfrist greift. Diese wurde zwar vor ca. 10 Jahren von ? Jahren auf 30 Jahre angehoben, kann aber meistens nicht angewendet werden, da immer der Rechtstatus des Tatzeitpunktes rechtlich maßgebend ist. Eine rückwirkende Anwendung von aktuellen Fristen des Strafrechts sind nicht erlaubt konstatierte Eisenreich.

Löschungsfristen und Aufbewahrungsfristen:

Löschungsfristen und Aufbewahrungsfristen behindern uE. ebenso die Arbeit der Gerichte. Der Minister hat sich offen und engagiert gezeigt und eine weitere Zusammenarbeit bzw weitere Infos der Entwicklungen versprochen.

Anonyme Forderungen auf Entschädigung von Betroffenen

Das Ordinariat verweigert bisher Forderungen auf Entschädigungen, die anonym an sie gestellt werden.

Es gibt aber Fälle bei denen Betroffenen z.B. Angestellte der Kirche sind und daher für sie berufliche Nachteile erwarten wenn von ihnen eine Forderung an den Arbeitgeber herangetragen wird.

Wir würden hierfür eine unabhängige "Schnittstelle" vorschlagen, die den Sachverhalt rechtlichen bestätigen kann, wie z.B. ein Anwalt, Notar usw.

Eisenreich sieht hierzu leider Handhabe für sein Haus. Diese Frage bleiben in der Zuständigkeit der Kirche, so Eisenreich.

Prävention

Im Rahmen der Aussprache hatte wir auch Gelegenheit auf unserer Präventionsarbeit hinzuweisen.

Persönlich beeindruckt von unserer Arbeit ergänzte er, dass Prävention eine stetige Aufgabe der Gesellschaft ist und bleibt.

Er wies uns aber auf die Zuständigkeit von Sozialministerium und Polizei hin.

Während des gesamten Gesprächs ablaufes flossen immer wieder von unserer Seite ganz konkrete Beispiele aus unserer bisherigen Arbeit ein.

Insbesondere schilderten wir am Beispiel von Pfarrer H. wie perfide und geplant seine Vorgehensweise war.

Der Minister Eisenreich konnte sich so ganz konkret einen Eindruck machen auf welche Probleme und Hindernisse, aber auch Erfolge, wir bei unserer Tätigkeit gestoßen sind. Ausdrücklich wiesen wir immer wieder auch darauf hin, welche Auswirkungen dieser Zeitabschnitt auf das Gemeindeleben auch jetzt noch hat unabhängig vom Leid der unmittelbar betroffenen Kinder, die ihre Traumata das ganze Leben lang mittragen.

Minister Eisenreich priorisiert für sich folg. Richtlinien und Aufgaben

- **Einsichtsrechte** für Betroffene müssen erleichtert werden
- **niederschwellige Angebote** vorhalten und anbieten
- **unabhängige Anlaufstellen**

Betroffene müssen unabhängige, neutrale und fachkompetente Anlaufstellen vorfinden, die garantiert unabhängig von kirchlicher Institution sind.

Während des gesamten Gesprächsablaufes flossen immer wieder von unserer Seite ganz praktische Beispiele aus unserer bisherigen Arbeit ein.

Insbesondere schilderten wir am Beispiel von Pfarrer H. wie perfide und geplant seine Vorgehensweise war. Der Minister Eisenreich konnte sich so ganz konkret einen Eindruck machen auf welche Probleme und Hindernisse, aber auch Erfolge, wir bei unserer Tätigkeit gestoßen sind. Ausdrücklich wiesen wir immer wieder auch darauf hin, welche Auswirkungen dieser Zeitabschnitt auf das Gemeindeleben auch jetzt noch hat unabhängig vom Leid der unmittelbar betroffenen Kinder, die ihre Traumata das ganze Leben lang mittragen.

Ein gewünschtes, gemeinsames Foto wurde abgelehnt, da sich hieraus negative Auswirkungen auf das Traunsteiner Gerichtsverfahren ergeben könnte.

Stichwort Einflussnahme auf ein laufendes Verfahren. Diese Argumente konnten wir nachvollziehen.

Zum Schluss stimmte der Minister zu, dass zukünftige Gespräche mit ihm er nicht ausschließt.

Die für uns sehr interessante, informative und überraschend lange Aussprache endete um ca. 19:30 Uhr.

Initiiert durch die Ankündigung von einer Altöttinger Buchhandlung, dass der ehemalige Privatsekretär von Papst em Benedikt, Erzbischof Gänswein, sein Buch "Nichts als die Wahrheit" am 15.4. im Altöttinger Kongresszentrum vorstellt, haben wir uns entschlossen dort eine kleine Demo bzw. Mahnwache davor zu veranstalten.

Wir waren ca. 20 Personen, darunter Vertreter von Wir sind Kirche, Maria 2.0, der Betroffenen Initiative Süddeutschland und eine Reihe von spontanen Unterstützern, über die wir uns sehr gefreut haben! Es tut gut und hilft weiter, wenn man sich persönlich kennenlernt! Sehr erfreulich war das Interesse der Medien und der Effekt, dass unsere Botschaft fast in jedem Bericht ein Viertel der Berichterstattung ausmachte! So waren wir bspw. in der Münchner U-Bahn auf den Bildschirmen zu sehen. Wenn wir auch nur ein Zwanzigstel der Vortragsbesucher ausgemacht haben, hat uns doch jeder gesehen und so die Tatsache des kirchlichen Kindesmissbrauchs wahrgenommen. Die allermeisten Besucher ließen sich auch unseren Handzettel geben. Wenige ließen sich zu kontroversen Diskussionen oder abfälligen Bemerkungen hinreißen. Wir gehen davon aus, dass wir bei den Leuten und in den Familien das ein oder andere Gespräch ausgelöst haben.

Leider hatte Erzbischof Gänswein nicht die Courage und den Mut sich mit uns, wenn auch nur kurz, auszutauschen.

Stattdessen schickte er seinen Verleger nach draussen an die "Front".

Diese Ignoranz eines hohen römischen "Würdenträgers" erinnert unweigerlich an den, auch von Papst Franziskus verabscheuten, Klerikalismus einiger Vertreter unserer Kirche. Gleichzeitig zeigt er damit auch eine "kalte Schulter" und Empathielosigkeit gegenüber den Opfern und Betroffenen von Missbrauch, für die wir stellvertretend vor der Tür standen und uns für die wir uns einsetzen. Auch in Zukunft!

Am darauffolgenden Sonntag (16.4.) war dann gleich der Garchinger Frühjahrsmarkt, bei dem wir mit einem Stand vertreten waren und ebenfalls viele gute Gespräche führen konnten. Auf diese Weise wollen wir mit unserem Anliegen stärker ins öffentliche Bewusstsein

kommen. Auch in der Berichterstattung über den Frühjahrsmarkt kommen wir vor. Herr Süß vom ANA wollte am Sonntag auch noch unsere Bilanz vom Protest in AÖ wissen und hat ihn auch in seinem Bericht als Schlusswort gedruckt: „Für uns als Katholiken ist es erschreckend, dass ein hochrangiger kirchlicher Würdenträger wie Georg Gänswein immer noch so tut, als könne man den Missbrauch beiseite wischen, oder auf unsere Forderungen sogar mit Gegenangriffen reagiert“, denn die Aufarbeitung des Missbrauchs sei das zentrale Thema für die Zukunft der katholischen Kirche.

Am Donnerstag, den 20. April fandet im Konferenzsaal des Bayerischen Landtag eine dreieinhalb stündige Sachverständigenanhörung zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in der Kirche statt.

Wir erhielten über die Abgeordnete Florina Vilgertshofer (Grüne) auch eine Einladung. Ein Mitglied unserer Gruppe nahm als Gast an der Sitzung teil.
(Hinweis: während der Sitzung gab es kein Rederecht für Gäste)

Ziel der Anhörung war, die auf Initiative Abgeordneten MdL Gabriele Triebel und MdL Toni Schuberl stattfand, war es, die **Rolle und die Gestaltungsmöglichkeiten des Freistaates Bayern** bei der Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen im kirchlichen Kontext zu beleuchten, um die rechtlichen Rahmenbedingungen und Strukturen für eine wirksamere strafrechtliche Verfolgung von strafbaren Handlungen sexualisierter Gewalt zu verbessern. Im Fokus steht demnach eine juristische Perspektive, die sich auch in der Auswahl der geladenen Sachverständigen widerspiegelt.

Als Sachverständige wurden folgende Personen geladen:

Dr. Stephanie Herrmann, Amtschefin des Erzbischöflichen Ordinariats der Erzdiözese München und Freising

Dr. Nikolaus Blum, Leiter des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, München

Prof. Dr. Dr. Elmar Güthoff, Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät, Professor für Kirchenrecht, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Heiner Keupp, Mitglied der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, Berlin

Prof. Dr. Holm Putzke, Lehrprofessur für Strafrecht, Universität Passau

Prof. Dr. Stephan Rixen, Mitglied der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Staatsrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht, Direktor des Instituts für Staatsrecht, Universität zu Köln

Reinhard Röttle, Generalstaatsanwalt in München

Michael Schrotberger, Leitender Oberstaatsanwalt als ständiger Vertreter des Generalstaatsanwalts in Nürnberg.

Stellvertretend für die umfangreichen Statements der Experten darf ich hier nur einige Meinungen beispielhaft anführen.

Prof. Dr. Heiner Keup:

Seine Forderungen waren:

- Amt eines unabhängigen Missbrauchsbeauftragten mit entspr. Kompetenzen und personeller Ausstattung
- unabhängige staatl. Kommission ,hierüber bestand durchwegs Übereinstimmung mit allen. (auch Dr. Stephanie Herrmann stimmte zu, wenn es für alle gesellschaftlichen Gruppen gilt)
- Standards und Rechte formulieren
- Schaffung eines Landesbetroffenenbeirats

Seiner Meinung nach , und auch anderer, war, dass die jetzt von der Regierungsfraktion geplante Einrichtung einer sog. Ombudsstelle von Sozialministerin Scharf keineswegs die og. Punkte ersetzt. Dieses ist zwar lobenswert aber muss ergänzt werden.

Für Prof. Dr. Holm Putzke bedarf das Handeln der Justiz nach dem Gutachten von 2010 (Marx) bzw. nach der MHG Studie aus 2018 einer gesonderten, eigenen juristischen Aufarbeitung. (Tenor: Es wurden von sich aus keine Ermittlungen eingeleitet) Dies müsste aber von Seiten der Regierung angestoßen werden. Außerdem vermisse er eine sog. "Dunkelfeldstudie".

Prof. Dr. Stephan Rixen forderte für Bayern ein sog. "Aufarbeitungsgesetz" als Rechtsgrundlage.

Reinhard Röttle, Generalstaatsanwalt in München, bestritt vehement, dass die Justiz jemals eine "Beisshemmung" gegenüber klerikalen Tätern gehabt hat.

Dr. Stephanie Herrmann wieder holte die bereits im ersten Abschnitt vorgebrachten Maßnahmen des Ordinariats (s. erster Abschnitt)

Leider waren zu dieser Anhörung keine Opfer mit Rederecht eingeladen. Auch das Innenministerium fehlte, obwohl viele Teilnehmer hier ein großes Defizit in der Hinsicht sahen, dass eigentlich schon bei einer Anzeigenannahme auf einer Dienststelle geschulte Beamte zur Verfügung stehen müssten.

Alle waren sich einig, dass staatliche Maßnahmen notwendig sind um Missbrauch in unserer Gesellschaft soweit es irgendwie geht in Zukunft zu verhindern.

Bei den meisten Gruppentreffen von Sauerteig war auch die kommende Präventionswoche wieder Thema.

Sie findet wieder im Juni statt. Näheres folgt im nächsten Bericht.

Wie man sieht war Sauerteig auch zu Beginn dieses Jahres nicht untätig.

Wir konnten unsere Arbeit gut vermitteln und einige neue Kontakte knüpfen, die für uns bei unserer zukünftigen Arbeit hilfreich sind.

Georg Langschartner, Rosi Mittermeier
für die Initiative Sauerteig